

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1147

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1147](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1147)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



FÜR KRISENSICHERES GELD:  
**GELDSCHÖPFUNG** ALLEIN  
DURCH DIE NATIONALBANK!



## Wie passt die Vollgeld-Initiative zu den finanz- und wirtschaftspolitischen Forderungen der EVP?

Die EVP setzt sich in ihrem Parteiprogramm für eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise ein. Eine entsprechende Umpolung des Anreizrahmens unserer Wirtschaft zu erreichen ist jedoch nur schwer möglich, solange die Geldschöpfung der Banken ausser Kontrolle ist.

- Banken schöpfen per Kredit Geld. Dieses Geld fliesst zu rund 80% in die Finanzmärkte und erzeugt dort Renditedruck. Ausserdem wird die Realwirtschaft dazu angetrieben, möglichst im Gleichschritt mitzuwachsen, weil das neu geschöpfte Geld in zusätzliche Güter eingelöst werden muss.
- Die EVP erkennt die systemischen Gefahren, die vom Finanzmarkt ausgehen, und fordert ein sicheres System. Die Vollgeld-Initiative macht das Geld selbst krisensicher.
- Banken dürfen selbst kein Geld mehr erzeugen und können so keine Finanzblasen mehr erzeugen.
- Das Wirtschaftswachstum wird gezähmt. Neue ökonomische Rahmenbedingungen ohne Gewinnmaximierung werden ermöglicht, und es kann ein nachhaltiges sowie qualitatives Wachstum angestrebt werden. Mit der Vollgeld-Initiative wird das Geld- und Finanzsystem wieder in den Dienst der Realwirtschaft bzw. der Allgemeinheit gestellt.

Im Folgenden werden die wirtschaftspolitischen Forderungen der EVP anhand ihrer ethisch-ökonomisch geprägten Parteipositionen in einen Bezug zur Vollgeld-Initiative gestellt. Es wird gezeigt, welchen Beitrag die Vollgeld-Initiative zur Verwirklichung dieser politischen und ökonomischen Ziele zu leisten vermag.

### Eine nachhaltige Wirtschaftsweise – aber wie?

Das Kapitel „Wirtschaft“ im Parteiprogramm der EVP ist bezeichnenderweise mit „Gemeinwohl statt Gewinnmaximierung“ überschrieben. Die darin geforderten Umgestaltungen des ökonomischen Anreizrahmens lassen auf ein historisch verwurzelt sozial-ethisches Erbe der EVP schliessen. Die EVP kritisiert die Ressourcenverschwendung: *„obwohl die meisten Ressourcen endlich sind, wird quantitatives Wachstum noch immer allem anderen übergeordnet. Die Wende von einer Wachstumsökonomie, die auf billiger Energie und billigen Rohstoffen fusst, zu echter Nachhaltigkeit wird immer dringender“* (Parteiprogramm 2014, S.17). Diese Feststellung ist zentral und verdient eine ausführliche politische Debatte. Die entscheidende Frage ist jedoch, wo die Ursachen für unsere „Wachstumsökonomie“ liegen.

**Das unserer Wirtschaft zugrunde liegende Geldsystem spielt dabei eine wichtige Rolle:** Unser Geld besteht heute überwiegend aus Krediten. Jedes Mal, wenn Banken einen Kredit vergeben, wird Geld geschaffen. Der Grossteil des Geldes in der Schweiz – fast 90% – besteht heute aus elektronischem

Bankengeld. Banken können Kredite entweder an Private sowie Unternehmen vergeben oder damit Wertpapiere auf den Finanzmärkten „auf Pump“ finanzieren. Da sich auf den Finanzmärkten weitaus höhere Rendite erzielen lassen, verwundert es auch kaum, dass ein Grossteil des neu geschöpften Geldes in Finanzanlagen anstatt in realwirtschaftliche Investitionen fliesst. Die Finanzvermögen sind in der Schweiz seit der grossen Deregulierungswelle im Finanzsektor in den 1980er-Jahren bereits auf mehr als ein Vierfaches des Schweizer BIPs angewachsen.

**Früher oder später muss jeder Kredit getilgt werden.** Im gleichen Umfang, in dem die Geldmenge bei dessen Vergabe gewachsen ist, schrumpft die Geldmenge entsprechend bei der Tilgung des Kredits. Damit es zu keiner Geldknappheit bzw. wirtschaftsabwürgenden Deflation kommt, muss zwingend ein neuer Kredit vergeben werden. In der Realität werden von Banken sogar meist mehr neue Kredite vergeben als alte getilgt. Diese exzessive Kreditvergabe – die der Realwirtschaft besonders in Boomzeiten grosszügig von den Banken gewährt wird – begünstigt die Finanzierung von ökologisch oder sozial fragwürdigen Investitionen. Es wird zusätzliches Wirtschaftswachstum befeuert, das die Ausbeutung von natürlichen oder sozialen Ressourcen vorantreibt.

Wenn Banken faktisch unbegrenzt Geld für die Finanzierung von hochriskanten Finanzprodukten erzeugen können, wird offensichtlich, wieso die Rentabilität des Kapitals alle wirtschafts-ethischen Handlungsmaximen verdrängt: *„Wirtschaft ohne Ethik gerät auf Abwege. Das hat sich exemplarisch beim Finanzplatz gezeigt“ (S. 17).* Die Leidtragenden sind sowohl die Realwirtschaft als auch die Bürger. Die Risiken der Finanzspekulationen werden nicht mehr von dessen Profiteuren – den Banken – getragen, sondern können im Falle von Finanzkrisen auf die Gesellschaft übertragen werden (too big to fail). Dies benennt auch die EVP als grundlegende Gefahr: *„Die Instabilität des internationalen Finanzsystems gefährdet die Realwirtschaft. Vom reichlich vorhandenen Geld wird ein grosser Teil in Finanzinstrumenten angelegt. Der Beitrag zum Gemeinwohl in Form von Investitionen, Konsum, Arbeitsplätzen und Steuern bleibt dabei relativ gering“ (S.17).*

## Keine weiteren Finanz- und Spekulationsblasen!

Die Jahre nach der Finanzkrise haben vor allem eines gezeigt: dass sich prinzipiell kaum etwas verändert hat. **Das „reichlich vorhandene Geld“ fliesst immer noch mehrheitlich in die Finanzmärkte und erzeugt dort grössere Finanzblasen als jemals zuvor. Um diese systemischen Missstände zu beheben, bedarf es einer Reform unseres Geldsystems – der Vollgeld-Reform.** Durch ein stabiles und krisensicheres Geldsystem kann die Realwirtschaft von den systemischen Zwängen und Risiken der Finanzmärkte befreit werden. Dies wird möglich, in dem Banken nicht mehr selbst Geld erzeugen können, nur um es dann in spekulative Finanz- und Immobilienanlagen zu stecken. Stattdessen kann eine demokratisch besser legitimierte Nationalbank wieder wirksame Geldpolitik im Sinne der Realwirtschaft betreiben. Die nun realisierbaren Geldschöpfungsgewinne fliessen vom Staat (oder auch per Bürgerdividende) in Form von Vollgeld direkt und unmittelbar in die Realwirtschaft und schaffen dort Investitionen, Konsum und Arbeitsplätze.

So können auch die geforderten Grundsätze der EVP politisch umgesetzt werden: *„Die EVP fordert eine Umkehr von der rein gewinnorientierten zu einer ethischen Marktwirtschaft, welche das Gemeinwohl über die kurzfristige Gewinnmaximierung stellt. Wir streben ein qualitatives Wachstum an, das in jeder Hinsicht nachhaltig ist“ (S.17).* Das Geld- und Finanzsystem wird mit der Vollgeld-Initiative wieder in den Dienst der Realwirtschaft gestellt. **Der dem heutigen Geld- und Finanzsystem**

**inhärente Wachstums- bzw. Verschuldungszwang wird stark abgeschwächt, denn das Geld kommt schuld-, zins- und tilgungsfrei durch die Nationalbank in Umlauf.** Dies kommt der Realwirtschaft unmittelbar zugute: Sie wird von der Gewinnmaximierung (d.h. dem Renditediktat der Finanzwirtschaft) als wichtigstes ökonomisches Ziel befreit.

Zwar wird der mit dem Geldsystem verbundene Wachstumszwang nicht vollständig beseitigt, aber durch eine bessere, vorausschauende Geldpolitik, kann die Wirtschaftsentwicklung stabiler erfolgen. **Vollgeld, das durch Staatsausgaben oder eine Bürgerdividende in Umlauf kommt, existiert wie Bargeld schuldfrei.** Damit reduziert sich einerseits der aus der zinspflichtigen Verschuldung resultierende Wachstumszwang. Andererseits erhöht sich letztlich damit auch das Eigenkapital aller Unternehmen, staatlicher Einrichtungen und Privatpersonen. Familienunternehmen können sich eher halten. Je weniger fremde, nur am Shareholder Value interessierte Eigentümer eines Unternehmens vorhanden sind, umso geringer ist der Wachstumsdruck und umso mehr ist nachhaltiges Wirtschaften möglich.

Die Banken sind mit der Umsetzung der Vollgeld-Initiative wieder allen anderen Wirtschaftsteilnehmern gleichgestellt, das heisst, sie haben keine wettbewerbsmässigen Vorteile aus der Geldschöpfung mehr. Dies kommt der Realwirtschaft als Ganzes und den KMU insbesondere zugute (*„Wir tragen Sorge zu den KMU, zur Wettbewerbsfähigkeit und zu einem funktionierenden Wettbewerb. Eigeninitiative und Eigenverantwortung müssen gestärkt und die Bürokratie reduziert werden“ (S. 17)*).

Ausführliche weitere Informationen finden Sie auf unserer Website: [www.vollgeld-initiative.ch](http://www.vollgeld-initiative.ch)

Initiativtext mit Erläuterungen: [www.vollgeld-initiative.ch/erlaeuterungen](http://www.vollgeld-initiative.ch/erlaeuterungen)

Kernbotschaften der Initiative: [www.vollgeld-initiative.ch/kernbotschaften](http://www.vollgeld-initiative.ch/kernbotschaften)

Antworten auf über 100 Fragen: [www.vollgeld-initiative.ch/fragen/](http://www.vollgeld-initiative.ch/fragen/)